

Konservative, Katholiken und die Ökologie in Deutschland und der Schweiz

# Der lange Weg zu „Laudato si“

*Lange Zeit waren ökologische Anliegen im Katholizismus kaum von Bedeutung. Mit „Laudato si“ hat sich das geändert. Die Forderungen des päpstlichen Schreibens liegen in der Linie einer „konservativen Ökologie“, die heute kaum eine Rolle spielt.* **VON PETER HERSCHE**

**M**it der im Sommer 2015 herausgegebenen Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus sind die schon länger virulenten und vielfältigen Probleme der Umwelt endlich im Zentrum des Katholizismus angekommen. Zwar hatten schon seine drei unmittelbaren Vorgänger gelegentlich dazu Stellung genommen, doch geschah dies eher punktuell am Rande anderer Dokumente. In „Laudato si“ stehen sie im Mittelpunkt, was für eine Enzyklika eher selten ist, denn üblicherweise behandeln solche Verlautbarungen Glaubensfragen. In ähnlicher Weise widmete sich erstmals „Rerum novarum“ 1891 einer derart „weltlichen“ Problemstellung. Man hat „Rerum Novarum“ vorgeworfen, die Kirche habe viel zu spät auf die brennenden sozialen Fragen reagiert. Dasselbe könnte man von „Laudato si“ sagen. In der Tat standen die Katholiken bis in die jüngste Zeit hinein in der ökologischen Debatte meist abseits. Protestanten waren weit eher dafür sensibilisiert. Unter dem Stichwort der „Bewahrung der Schöpfung“ beteiligten sie sich seit den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts aktiv am Widerstand gegen die fortschreitende Umweltzerstörung.

Umweltprobleme gab es, seit der Mensch auf der Erde zu wirtschaften begann. Lange aber waren sie quantitativ vernachlässigbar, regional be-

schränkt, noch einigermaßen kontrollierbar und hatten nicht immer irreversible Folgen.

## Katholische Romantik

Das änderte sich erst im 17. und 18. Jahrhundert, als man in England die Kohle in großem Maßstab abzubauen begann und damit die Industrielle Revolution ermöglichte.

Die Industrialisierung breitete sich schon früh über Großbritannien hinaus aus: nach Nordfrankreich, Belgien und der Schweiz; in Deutschland vorläufig nur an wenigen Standorten. Doch waren die Industrien des Kontinents, etwa die textile und die feinmechanische, meist „sauberer“ als die auf der Kohle basierende. Deren Verbrennung hatte in England schon im 17. Jahrhundert zu Klagen geführt; Widerstand gab es aber kaum.

Kritik am Industrialismus und der ihr parallel gehenden Gewerbefreiheit übten interessanterweise zuerst Katholiken im Umkreis der deutschen Romantik. Explizite Anspielungen auf die ökologischen Probleme blieben aber vorerst ausgespart. Besonders deutlich äußerte sich der Konvertit *Adam Müller* gegen die aufkommende „Weltherrschaft der Industrie“ und ihre „neuen Priester“, die hofften, „mit der Natur und ihren feindseligen oder ungewissen Kräften für immer fertig zu werden.“ Als einer

der ersten kritisierte er die Ideologien des immerwährenden Fortschritts, des „Haben“-Denkens und des Wachstumsglaubens und meinte auch, dass man nicht auf Kosten der Nachkommen wirtschaften dürfe.

Sein Gesinnungsgenosse *Friedrich Schlegel*, auch er ein Konvertit, fand nur „die Gegenden schön, welche man gewöhnlich rau und wild nennt“. *Franz von Baader*, der als Bergingenieur die Verhältnisse in England während eines vierjährigen Aufenthalts aus eigener Anschauung kannte, sprach von der ausgebeuteten „Mutter Erde“ und prägte auch den Begriff des „Proletariats“. Damit wies er besonders auf die negativen sozialen Folgen des Industriesystems hin. Dieser Ansatz wurde dann in der Folge von anderen katholischen Autoren weiter verfolgt und mündete schließlich in die katholische Soziallehre. Sonst blieb den katholischen Romantikern eine weitere Wirkung versagt, weil sie sich politisch als Konservative verstanden und die eigentliche Gegenströmung zum entstehenden Liberalismus bildeten.

Der nächste Boom des Industriesystems und des modernen Kapitalismus erfolgte in den „Gründerjahren“ etwa zwischen 1870 und 1914. Neue Industrien, besonders die Chemie und die Elektrotechnik, gesellten sich zu den alten. Sie sollten in der Folge nicht we-

nige Umweltprobleme mit sich bringen. Führende Industrienation war nun Deutschland, das damals selbst England überholte. Hier gab es entsprechend in den Jahren um 1900 wiederum Opposition, diesmal grundlegender und auch mit spezifisch ökologischen Argumenten. Sie kam vor allem aus den Kreisen der Lebensreform.

In einem Beitrag zum Treffen der Freideutschen Jugend auf dem Hohen Meissner 1913 geißelte *Ludwig Klages* die Verantwortlichen mit scharfen Worten: „Eine Verwüstungssorgie ohnegleichen hat die Menschheit ergriffen, die ‚Zivilisation‘ trägt die Züge entfesselter Mordsucht, und die Fülle der Erde verdorrt vor ihrem giftigen Anhauch.“ Er war nur eine unter vielen Stimmen, welche damals bewegte Klagen führten. Katholiken waren aber offenbar keine darunter.

Man kann dies darauf zurückführen, dass sich die Kirche damals nur auf die negativen sozialen Folgen der Industrialisierung konzentrierte. Vor allem aber waren die katholischen Länder und Regionen, insbesondere Südeuropa, damals noch weitgehend agrarisch orientiert und verhältnismäßig wenig industrialisiert, abgesehen etwa vom standortgebundenen Bergbau. Die Träger des industriellen Kapitalismus waren ja ebenfalls fast ausschließlich Protestanten, wie man seit den wegweisenden Untersuchungen von *Max Weber* weiß. Dazu kommt, dass die Lebensreformer häufig antichristlich orientiert waren (so auch Klages). Sie hingen naturreligiösen oder heidnischen Ideen an. Nach dem Ersten Weltkrieg verlief sich die Bewegung größtenteils. Einige Protagonisten erhofften sich vom Nationalsozialismus die Realisierung ihrer reformerischen Träume, wurden aber bald enttäuscht und wandten sich wieder ab. Diese Verstrickungen blieben aber bis heute eine schwere Belastung für die konservative Technikkritik.

### Fortschritt und Bewahrung

Was von den damaligen Bemühungen blieb, waren die Vereinigungen für den Schutz der Umwelt. Der deutsche Heimatschutz wurde 1904 begründet, Anlass war der (vergebliche) Versuch einer Rettung der Laufenburger Stromschnellen, die einem Kraftwerkprojekt

geopfert werden sollten. In der Schweiz wurde der Heimatschutz nach deutschem Vorbild bald danach gegründet (1905). Vier Jahre später folgte der Schweizerische Naturschutzbund (heute Pro Natura), Anlass war die Schaffung eines der ersten Nationalparks in Europa im Val Cluozza. Bei beiden Verbänden zeigt sich das Desinteresse der Katholiken. Die Präsidenten und führenden Funktionäre der Verbände waren und sind (soweit feststellbar) bis zur Gegenwart fast ausschließlich Protestanten, zumeist gut betuchte Bürgerliche aus Basel und Zürich, beim Naturschutzbund auch aus Graubünden, dem Standort des Nationalparks.

Dieselbe Einseitigkeit zeigt auch der Mitgliederbestand. Im stark protestantischen Kanton Appenzell Ausserrhoden waren 1990 1,8 Prozent der Bevölkerung Mitglieder des Heimatschutzes, auch Schaffhausen oder Glarus lieferten verhältnismäßig hohe Zahlen. Hingegen betrug die entsprechende Zahl in der katholischen Innerschweiz nur 0,25 Prozent. Ähnlich niedrig war die relative Mitgliederzahl in Solothurn, noch niedriger in Fribourg. Eine Ausnahme bildete einzig der Tessin (1,1 Prozent). Beim Naturschutzbund hatten 1994, als der Umweltschutz schon in aller Munde war, die stark protestantisch dominierten Kantone Basel, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden und Neuenburg, auf die Einwohnerzahl bezogen, noch prozentual zwei- bis dreimal mehr Mitglieder als etwa katholische, wie Appenzell Innerrhoden, Schwyz, Jura, Wallis und Tessin.

Die Distanz zu Umweltproblemen lässt sich in der direktdemokratischen Eidgenossenschaft auch anhand von Volksinitiativen belegen. Seit der ersten Initiative 1977 gab es bis heute rund 30, die die Umwelt betrafen: Straßenbau, Atomkraft, nachhaltige Energie, Beschränkung des Autoverkehrs und so weiter. In sämtlichen Fällen erzielten sie in den mehrheitlich protestantischen und städtischen Kantonen bessere Resultate als in den ländlichen der Innerschweiz, des Tessin, Fribourg und

Wallis. Hier war man eben noch dabei, den „Rückstand“, mit dem die Katholiken seit der Aufklärung stigmatisiert wurden, aufzuholen, und daher besonders fortschrittsgläubig.

Nach einer gewissen durch die Weltwirtschaftskrise noch empfindlicher spürbaren Ruhepause setzte nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa und danach in der ganzen Welt eine wirtschaftliche Hochkonjunktur ein, die mit einigen Stockungen bis heute andauert. Sie brachte eine quantitativ nie zuvor gekannte Umweltbelastung mit sich, zusätzlich aber noch neue Risiken, insbesondere die Atomtechnologie. Entsprechend gestaltete sich der Wider-

stand umfassender, radikaler und globaler. Er begann aber nicht erst mit den Grünen; hier liegt ein folgenschweres Missverständnis vor.

Heutzutage werden die grünen Parteien selbstverständlich dem politisch linken Spektrum zugeordnet. Das war aber keineswegs immer so – die ganze Vorgeschichte wird damit ausgeblendet und ebenso die Tatsache, dass die kommunistische und sozialdemokratische Linke seit Anbeginn immer sehr fortschrittsgläubig war. Vielmehr waren es um 1950 bis 1970 analog zu den früheren Boomphasen konservative Kräfte, welche das Thema zuerst und dringlich erörterten. Schon der Wortstamm „conservare“ legt dies nahe: Es ging ja um die Bewahrung des Hergebrachten, der Schöpfung vor der Gewalt der Technik und der kapitalistischen Wirtschaft.

In den Fünfzigerjahren waren die großen Parteien von rechts bis links auf den „Fortschritt“ eingeschworen und bekannten sich zum Wirtschaftsliberalismus. Umweltmotivierte Bedenken wurden von ihnen lange nicht ernst genommen. Einiges Echo fanden hingegen schon vor 1970 die entsprechenden Bücher von vorwiegend amerikanischen Natur- und Sozialwissenschaftlern, die auch auf das ungehemmte Bevölkerungswachstum hinwiesen. Die Autoren waren aber

Heutzutage werden die grünen Parteien selbstverständlich dem politisch linken Spektrum zugeordnet. Das war aber keineswegs immer so.

keineswegs dem linken Spektrum zuzuordnen. Neben einigen immer noch tätigen älteren Umweltaktivisten, etwa dem ehemaligen „Reichslandschaftsanwalt“ *Alwin Seifert*, meldeten sich bewusst konservative Technik- und Fortschrittskritiker zu Wort. Ihr Sprachrohr wurde die seit 1971 von *Max Himmelheber* und *Friedrich Georg Jünger* herausgegebene Zeitschrift „Scheidewege“. Auf der praktischen Ebene wirkte seit 1972 der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)“, der noch recht bürgerlich geprägt war.

Man würde erwarten, dass in diesen frühen Jahren der Diskussion um die Umwelt sich auch Katholiken beteiligten, denn die katholische Kirche wurde damals ja klar der konservativen Welt zugeordnet. Doch waren sie auch hier weitgehend abwesend. Nur *Robert Spaemann* veröffentlichte in den „Scheidewegen“ zehn Aufsätze. Er war, zusammen mit dem ebenfalls konservativen *Enoch Freiherr zu Guttenberg*, ein früher Kritiker der Atomtechnologie. In der Schweiz widmete sich der bekennende Katholik und konservative Fribourger Patrizier *Gonzague de Reynold* nach dem Scheitern seiner politischen Ambitionen in seinem letzten Lebensjahrzehnt, zwischen 1960 und 1970, besonders den Anliegen des Heimat- und Umweltschutzes. Eine führende Rolle spielte dann der Luzerner *Valentin Oehen*.

Die Formierungsphase der Grünen in den Jahren zwischen 1975 und 1980 sah eine Vielzahl von umweltpolitischen Initiativen, die man, wenn auch reichlich vergrößernd und jenseits der notwendigen Differenzierung, dem rechten oder linken Spektrum zuordnen kann. Darüber, welches nun der richtige Weg sei, gab es endlose Diskussionen. Die Auseinandersetzung endete mit dem Sieg der Linken. Über die Gründe kann man vorerst nur spekulieren. Der entscheidende dürfte sein, dass die Grünen sehr bald zu einer Sammelpartei verschiedenster Strömungen im Umkreis der Neuen Sozialen Bewegungen wurden: Zu den alten und neuen Umweltschützern gesellten sich Friedensbewegte, Feministinnen, Alt-68er und Alternative aller möglichen Schattierungen. Ferner gab es ehemalige Kommunisten, die einzeln oder als Gruppe den Grünen beitraten, nachdem sie politisch nichts erreicht und sich auch dem Terrorismusverdacht ausgesetzt hatten. Die Mehrheit der Sozialdemokraten verhielt sich gegenüber ökologischen Anliegen lange verschlossen, so dass eine nicht dogmatisch marxistische Linke eine Lücke zu schließen schien. Die konservativen Umweltschützer wurden konsequenterweise nach 1980 marginalisiert und richtiggehend ausgebootet.

In der Schweiz verlief die Wendung der Grünen nach links ganz ähnlich. Ein Unterschied liegt bloß darin, dass es noch heute regional drei bis vier verschiedene grüne Parteien gibt, weil im Unterschied zu Deutschland keine Fünfprozentklauseln existieren. Man kann infolgedessen linke von gemäßigten Gruppen unterscheiden. Zu diesen zählen vor allem die erst vor einigen Jahren entstandenen Grünliberalen. Sie bekennen sich zur Marktwirtschaft und wollen der Umwelt anstelle staatlicher Eingriffe vor allem durch Energiesteuern helfen. Ein Versuch, solche mittels einer Volksinitiative in der Verfassung zu verankern, scheiterte allerdings jüngst grandios: Nur acht Prozent der Abstimmenden konnten sich dafür erwärmen; wenige Initiativen in der Geschichte der modernen Eidgenossenschaft wurden dermaßen wuchtig versenkt.

Neben den Konservativen hatten aber auch die engagierten Christen beider Konfessionen kaum mehr Platz bei den linken Grünen. In Deutschland gab es in den Anfängen eine Arbeitsgruppe „Christen bei den Grünen“. Sie waren aber eine vernachlässigbare Größe und machten bloß etwas über zwei Prozent aller Mitglieder aus. In einigen Diskussionspunkten, etwa zum Paragraph 218 oder der Lebensform der Ehe, waren sich besonders kirchlich gebundene Christen und Grüne uneinig. Starke Worte, wie diejenigen von Kardinal *Joseph Höffner*, der 1986 die Grünen für einen Katholiken als nicht wählbar bezeichnete, mussten den Graben vertiefen.

Wie schon bei den Lebenreformern waren die Grünen mindestens in ihren Anfängen relativ religionsfern. Bei vielen dürften Naturmystik, Esoterik, fernöstliche Religionen, Keltenkult und ähnliches wegleitende Sinnstifter gewesen sein. Heute allerdings unterscheidet sich die Prozentzahl der Konfessionslosen in Deutschland bei den Grünen kaum von der FDP und SPD. Etwas akzentuierter könnte die Sachlage in der Schweiz sein. Die Grünliberalen gelten als „politischer Hafen für Freidenker und Atheisten“. Sie setzen sich für die Trennung von Staat und Kirche ein; in Bern haben sie eine Initiative dazu gestartet und in Zürich bekämpften sie die Kirchensteuer.

Direkte Stellungnahmen der katholischen Kirche zugunsten der Umwelt ließen wie bei den politischen Parteien bis in die Achtzigerjahre auf sich warten. Es gab einige entsprechende programmatische Erklärungen bei Bischofskonferenzen, die aber meist bloße Appelle blieben. Konkreter wurde die Sache erst, nachdem die einzelnen deutschen Diözesen eigene Umweltbeauftragte einsetzten. Beide Konfessionen und die Freikirchen umfasst dazu das Netzwerk „Kirchliches



**Peter Hersche**

(geb. 1941) lehrte Geschichte an der Universität Bern und befasst sich vor allem mit der Sozial- und Kulturgeschichte des frühneuzeitlichen Katholizismus.

Umweltmanagement“ (KirUm). In der Schweiz existiert analog dazu – aber bezeichnenderweise als Anregung „von unten“ – schon seit 1986 der Verein „oeku, Kirche und Umwelt“. Nach einem eher flauen Start sind heute rund 230 Pfarreien Mitglied, weitere leisten Unterstützung durch Spenden und Kollekten. Erwartungsgemäß sind aber die katholischen untervertreten und erst neuerdings aktiver geworden. Die Organisation bemüht sich einerseits um Bewusstseinsbildung, andererseits um praktische Verbesserungen (Reduktion der Heizung, Isolierung der Gebäude, Solaranlagen auf den Kirchendächern und ähnliches).

### Widersprüche der Linken

Bei den letzten nationalen Wahlen in Deutschland (2013) und in der Schweiz (2015) erlitten die Grünen in beiden Ländern Verluste; in der Schweiz reduzierte sich die Anzahl der Sitze im Nationalrat für die Grünen und Grünliberalen insgesamt um ein volles Drittel. Anlass zu einer vertiefteren Ursachenanalyse scheinen aber diese Niederlagen nicht gewesen zu sein, man schiebt die Schuld einfach auf die anderen Parteien oder die Zeitumstände. Die Linksgünen sind sich offensichtlich über die tiefen Widersprüche in ihren Zielsetzungen nicht im Klaren, und wenn doch, so werden sie unter den Tisch gekehrt oder tabuisiert. Sicher ist bei ihnen, wie bei den Sozialdemokraten, die marxistische Substanz nur noch sehr verdünnt vorhanden.

Sie bildet gleichwohl immer den Hintergrund und da muss daran erinnert werden, dass der Marxismus eine extreme Fortschrittsideologie ist, der sich auch die Natur bedingungslos unterwerfen muss. In keinem anderen Teil Europas wurde mit der Umwelt so rücksichtslos umgegangen als dort, wo der „real existierende Sozialismus“ herrschte. An den Folgen tragen die Nachfolgestaaten noch heute und in China ist das Problem noch aktuell. Kommunistische und kapitalistische Wirtschaft machen in dieser Hinsicht gar keinen Unterschied. Zu Widersprüchen führt aber auch die Buntheit des grünen Programms. Der betonte Individualismus, die „Ich-Philosophie“ der Grünen kollidiert mit den Bemühungen, gemeinsame Werte und

Wege für die Rettung der Umwelt zu finden.

Seit der Jahrtausendwende setzen die Grünen (in der Schweiz insbesondere die Grünliberalen, aber auch SP und bürgerliche Parteien) mehr und mehr auf technische Lösungen des Umweltproblems. Das ist aber eine Sackgasse: Die Umweltforschung kennt schon länger den „Rebound“-Effekt, durch den die erreichten Vorteile wieder zunichte gemacht werden. Konkret: Es gibt zwar schadstoffärmere Autos, aber man fährt damit nachweislich längere Strecken. Wir benutzen Sparlampen, aber machen je länger je mehr die Nacht zum hellen Tag. Haushaltsgeräte verbrauchen weniger Strom als früher, aber ihre Zahl nimmt von Jahr zu Jahr zu. In den Achtzigerjahren wurde noch viel von Energiesparen durch Einschränkungen geredet. Man könnte die Heizungstemperatur auf etwa 18 Grad reduzieren und sich dafür einen Pull-over überziehen (ein Vorschlag, den auch Papst Franziskus wieder macht, vgl. „Laudato Si“, Nr. 211). Heute sind vielerorts 22 Grad der Standard, damit wir auch im Winter im bloßen Hemd herumlaufen können; Mieter können klagen, wenn diese Temperatur nicht erreicht wird. Eine Absenkung um bloß ein Grad würde den Gesamtenergieverbrauch um mehrere Prozent senken.

Der hohe Lebensstandard darf aber nicht verringert und die bisherigen Komfortansprüche nicht aufgegeben werden; ein Abgeordneter, der dies seinen Wählern zumutete, würde politischen Selbstmord begehen. Doch nicht nur Franziskus predigt die uralte christliche Tugend der Askese, sondern auch radikale Ökologen (etwa *Niko Paech*, *Harald Welzer*, *John Naisbitt*, *Fred Luks*) betonen, dass wir nicht ohne Einschränkungen weiter leben können, soll die Umwelt nicht ganz vor die Hunde gehen.

Mit der Forderung nach Einschränkungen im alltäglichen Leben ist man aber wieder bei einer konservativen Position angelangt. Eine konservativ-ökologische Gruppe, geschweige denn eine Partei, gibt es aber heute keine mehr. Auch deren einzelne Vertreter sind rar geworden und politisch „heimatlos“. Diese Situation hat natürlich auch da-

mit zu tun, dass der Begriff „konservativ“ heute völlig verkehrt gebraucht wird und für die hier geschilderten Auffassungen eigentlich nicht mehr zu brauchen ist. Für die von *Margret Thatcher* und *Ronald Reagan* eingeleitete Politik wurde seinerzeit der unsägliche Begriff „neokonservativ“ erfunden. Tatsächlich aber haben wir hier das diametrale Gegenteil des „alten“ Konservatismus vor uns, nämlich einen extremen Wirtschaftsliberalismus (von daher ist der Begriff „neoliberal“ weit passender), eine entfesselte Marktwirtschaft, die auch keinerlei Rücksicht auf die Umwelt nimmt. Sehr schön zeigt sich die Begriffsverwirrung bei der nunmehr stärksten Partei der Schweiz, der SVP, der allgemein das Etikett „konservativ“ angehängt wird, von Politikern, Journalisten und – Gott sei es geklagt – leider auch Historikern, die es eigentlich besser wissen müssten. Das ist reine Fassade: Hinter einer Nebelwand der Beschwörung der nationalen Mythen seit 1291 und einer verständigen Pflege traditioneller Volkskultur betreibt diese Partei eine knallhart liberale Wirtschaftspolitik, deren Radikalität bisweilen sogar die ihrer traditionellen Verfechter im altliberalen Freisinn übertrifft. Für Umweltbelange fehlt der SVP jegliches Verständnis, in den entsprechenden periodischen Ratings nimmt sie denn auch regelmäßig den letzten Rang ein. Auch die heute übliche schlagwortartige Verwendung des Links-Rechts-Schemas lässt es nicht mehr zu, die frühere konservative Position zu verorten: Dass die Konservativen seit den Romantikern die ersten waren, die gegenüber den Liberalen kritisch auf die mit deren Wirtschaftspolitik entstehenden Probleme hinwiesen, ist heute schlicht vergessen gegangen.

„Laudato si“ mit seinem breiten Fragenkreis böte die Chance, nicht nur einige Begriffe zu klären, sondern auch eine ökologische Politik jenseits der Halbheiten und Widersprüche der Linksgünen und ebenso der Scheinheiligkeit und Immobilität der Pseudokonservativen einzuleiten. Nutzen wir sie! Dazu braucht es nicht unbedingt politische Parteien, jeder kann innerhalb seines Netzwerks der bestehenden Organisationen wirken. ■

Copyright of Herder Korrespondenz is the property of Verlag Herder GmbH and its content may not be copied or emailed to multiple sites or posted to a listserv without the copyright holder's express written permission. However, users may print, download, or email articles for individual use.